

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Abend-Ausgabe
Schau-Falle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkontos: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Genuss:

Tagblattausgabe Nr. 656-53.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntage
Postkontos: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Postzeitung. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle,
Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden: die dortigen Aus-
gabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 40 Hfg. für deutsche Anzeigen; 60 Hfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.—
für deutsche Anzeigen; M. 2.25 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme un-
abhängiger Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Anzeigen-Ausgabe: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr
vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird
keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Freitag, 1. August 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 340. • 67. Jahrgang.

Die Annahme der Verfassung.

mz. Weimar, 31. Juli. Die Gesamtabstimmung über die Verfassung in der Nationalversammlung erfolgte samstags. Sie ergab die Annahme der Verfassung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen. Präsident Fehrenbach erklärte, das Verfassungswerk sei also angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Sitzungsbericht.

mz. Weimar, 31. Juli.

Am Regierungstisch: Bauer, Dr. David, Dr. Preuß, Noke, Dr. Vell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Die Strafverfolgung gegen den Abg. Gandorfer wegen Vergehens gegen den § 134 des Reichszollgesetzes im Zusammenhang mit dem § 1 der Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 wird genehmigt.

Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird beim gestern zurückgestellten Artikel 18 (Länder-Paragraf) fortgesetzt.

Abg. Niska (Zentr.) glaubt, daß durch die von Loh-Teinborn-Heile vorgeschlagene Fassung des Art. 18 eine Grundfrage in dieser Frage geschaffen werde, da insbesondere die lebhaften Gebiete, z. B. Oberschlesien, dadurch die Möglichkeit gewinnen, im Verbands des Deutschen Reiches zu bleiben. — Abg. Hofmann (Soz.) erwartet eine Erklärung der preussischen Regierung, daß sie einem Zusammenschluß der thüringischen Staaten nichts in den Weg legt. — Abg. Gumpel (D.-Rechtl.) tritt für die Bildung eines selbständigen Nieder-Sachsen ein. — Abg. Heile (Dem.): Wenn es möglich wäre, alles, was nicht preussisch ist, in den preussischen Staat aufnehmen zu lassen, dann wäre ich damit einverstanden. Aber dieser Weg ist nicht gangbar. Es würde sich gegenüber dem norddeutschen Block ein süddeutscher bilden, möglicherweise unter der Führung Bayerns und wir hätten dann statt der Einheit eine Zersplitterung. — Abg. Graf Dohna (D. Vpl.): Die Fassung des Kompromisses ist sehr wenig durchsichtig. Die wichtige Frage, wer darüber zu entscheiden hat, ob ein Reichsinteresse vorliegt, ist vollkommen offen gelassen. — Abg. Dr. Philipp (D.-Rechtl.): Wir erblicken in dem Kompromiß eine wesentliche Verschlechterung des Beschlusses der zweiten Lesung. Es ist der Vereinheitlichung des Reiches ungünstiger als die frühere Fassung. Preußen wird wohl zustimmen, aber die Vereinigung Thüringens wird nicht besonders leicht gemacht. Wir werden den Artikel in seiner Gesamtheit ablehnen. — Abg. Koch-Kastel (Dem.): Wir erreichen das Ziel des Einheitsstaates dadurch, daß wir die Zuständigkeit des Reiches systematisch erweitern. So lange allerdings die süddeutschen Staaten Schwierigkeiten machen, können wir nicht allein von Preußen entgegenkommen ver-
langen. Wir erwarten aber von Preußen, daß es mit der Autonomie seiner Provinzen vorangeht und auf diese Weise zur Annäherung an die süddeutschen Staaten kommt. Das Kompromiß ist eine Verbesserung und Klärung des Art. 18. Wir kennen kein anderes Ziel als das des Einheitsstaates. — Abg. Hörsing (Soz.): Die Bewegung, die Oberschlesien zu einer selbständigen Republik machen will, wird nicht getragen von der großen Masse der Bevölkerung sondern von einer Handvoll Kapitalisten, Industrieller und Großgrundbesitzer. In Oberschlesien weiß man ganz genau, welcher großen Schaden es für die arbeitende Klasse und den Mittelstand wäre, von Preußen losgelöst zu werden. Die Bevölkerung wird der Gefahr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen.

Preussischer Minister des Innern Heine: Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fortschritt gegen die Fassung der zweiten Lesung. Ich stelle noch fest: Ein Kompromiß ist geschlossen worden nach reiflicher Überlegung und Erwägung. Bisher, im letzten Moment, wird er wieder über den Haufen geworfen nach Verhandlungen, bei denen man es nicht einmal für gut hielt, die Vertreter der Bundesstaaten zu hören. Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir die Diskussion allzulange fortsetzen. Ich sehe mein Vertrauen in die Gewissenhaftigkeit der Reichsregierung, die nur da, wo ein überwiegendes Interesse des Reiches hervortritt, beantragen würde, gegen den Willen der Volksvertretung eines Landes zu verfahren. Nun zur ober-schlesischen Frage. Im Dezember lehnten die Oberschlesier eine selbständige Republik entschieden ab. Das Programm kann Oberschlesien weitgehend Sonderrechte geben. Die preussische Regierung tut es, so weit es auf dem Verwaltungswege möglich ist. Dann ein neues Projekt: Oberschlesien muß selbständige Republik werden. Bei der allgemeinen Verwaltungsreform plante Preußen längst eine rechtsstaatliche Autonomie der Provinzen. Für Oberschlesien haben wir darnach sogar nach Rücksprache mit seinen Abgeordneten ein Staatsverwaltungsreform vorweggenommen. Das war aber gewissen Herzen noch immer nicht genug. Sie verlangten sofort eine selbständige Provinz oder einen selbständigen Staat; anderenfalls würde es zur Abstimmung für Polen kommen. Das ist die Art, wie man immer mit Hand-patzen vor uns hintreibt. Wenn man Preußen in ein Dutzend kleine Republiken auflöst, so hintertreibt man dadurch die Möglichkeit, einen einheitlichen deutschen Verwaltungskörper auszubilden. Viele Einzelstaaten würden auch eine außerordentliche Vertiefung des Verwaltungssystems bedeuten. Das alte preussische Verwaltungssystem ist das billigste, das es in der Welt gegeben hat. Sowohl, es läßt sich nicht bestreiten, daß das demokratische Verwaltungssystem viel mehr Geld erfordert wird. Dafür hat es auch erhebliche Vorteile, da es die Möglichkeit zur Entwicklung der

inneren Kräfte bietet. Aus der Stellungnahme Preußens zu den hüringischen Plänen werden Sie erkennen, daß Preußen absolut loyal vorgehen will. Man soll nicht mehr in den Ereignissen von 1866 herumwühlen, weil damals Unrecht geschehen ist. Es ist in der Welt viel Unrecht geschehen. Demgegenüber gibt es nur eine Aufgabe: Geschlossen und fest zusammensetzen und uns nicht in innere Streitigkeiten verlieren. Nehmen Sie den Art. 8 in der neuen Fassung an, er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reiches in Frage kommen.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorgesetzten entnehmen zu können, daß er Ihnen die Annahme des Kompromißantrages empfohlen hat. Auch ich erkläre in ihm die Erfüllung eines Ideals nicht. Es ist eben ein Kompromiß.

Der Kompromißantrag zu Art. 18 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76 (Volksentscheidung zur Verfassungsänderung). Nach kurzer unerschütterlicher Aussprache wird ein Antrag Bohlstein (Dem.), Dr. Vageler (Zentr.) und Kasperstein (Soz.) angenommen, auf Einfügung eines Art. 75a: Durch Volksentscheidung kann ein Beschluß des Reichstages nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Angenommen wird ferner ein Kompromißantrag Bohlstein (Dem.) und Gen., wonach in Art. 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Volksentscheidung eine Verfassungsänderung beschlossen werde, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Endlich wird noch ein Antrag Dr. Vageler (Zentr.) angenommen, wonach Art. 76 einen Zusatz erhält: Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zweier Wochen die Volksentscheidung verlangt.

Darauf geht das Haus zum dritten Abschnitt der Grundrechte: Religion und Religionsgesellschaften (Art. 132 bis 138) über. Art. 134 wird mit unbedingten Änderungen angenommen. Zu Art. 135, wonach die auf bestimmten Rechtskreisen beruhenden Staatsleistungen der Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden, beantragt Abg. Dr. Kahl (D. Vpl.), daß auch die auf bestimmten Rechtskreisen beruhenden Staatsleistungen abgelöst werden können. Auf Antrag Spahn (Zentr.) wird ferner die Bestimmung, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben, gestrichen. Im übrigen wird der Abschnitt nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Um 1.15 Uhr vertagt sich das Haus. Weiterberatung nachmittags 3 Uhr.

Nachmittagsitzung.

In der um 3.15 Uhr wieder eröffneten Sitzung wird die Beratung im Abschnitt 4: Bildung und Schule (Art. 139 bis 147) fortgesetzt.

Unterrichtsminister Schulz: Über Sinn und Tragweite der Verfassung der drei Parteien habe ich im Auftrag der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären: Über den Grundgedanken des Art. 143, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nunmehr von den drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Form abweichende Schulform. Als solche sind anzusehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können unter der Voraussetzung 1. eines ordnungsmäßigen Antrags einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit und 2. der Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebes. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so muß dem Antrag stattgegeben werden. Der als Erziehungsberechtigt anzusehende ist wie viel Schulen eingerichtet sind und in welcher organischer Form, das soll die Landesgesetzgebung nach Richtlinien regeln, die durch ein Reichsgesetz bestimmt sind. Der Resolution Bauermann auf Entschädigung der Privatschulen, die aufgelöst werden oder schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten erleiden, steht die Regierung wohlwollend gegenüber. In Art. 146 soll nach unserem Antrag die Teilnahme am Religionsunterricht demjenigen überlassen werden, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die getroffenen Vereinbarungen unserem Schulwesen zum Segen gereichen mögen.

Abg. Gumpel (D.-Rechtl.): Die konfessionelle Schule als Erziehungsschule ist unser Ideal. Hier hoffen wir weiteres. — Abg. Schiffer (Dem.) glaubt, daß die Gegen-sätze in der Schulfrage durch das Kompromiß im Vergleich mit dem Ergebnis der 2. Lesung so weit gemildert sind, daß und das Zusammengehen ermöglicht wurde. — Abg. Rumm (D.-Rechtl.): Eine wesentliche Verbesserung gegenüber der 2. Lesung erklären wir in der Bedeutung des Kompromißantrages, daß die Erziehung im Sinne des deutschen Volkes erfolgen soll. — Abg. Kuntze (D. Vpl.) bedauert, daß seine Partei zu den Beratungen nicht zugezogen wurde.

In nammentlicher Abstimmung wurde die Verfassungsvorlage in später Abendstunde unter lebhaftem Beifall des Hauses mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

In längeren Debatten war es noch bei der Beratung des Schul-Kompromisses und des Räteartikels gekommen, die aber schließlich die Zustimmung der Mehrheit fanden. Unter großer Anwesenheit der Linken wurde ein An-

trag auf Streichung des Art. 164, der die Familien von ehemaligen deutschen Landesherren von der Wahl zum Reichspräsidenten ausschließt, in nammentlicher Abstimmung mit 198 gegen 101 Stimmen angenommen. Der Ausschluß dieser sowie verschiedener anderer Abstammungen betrafen den sozialdemokratischen Abg. Soebe im Auftrag seiner Partei eine Erklärung abzugeben, daß sie den Einbruch hätten, als ob sich ein gegen die Sozialdemokratie stimmender bürgerlicher Hochgebildet hätte und daß diese Abstammungsergebnisse bei den Sozialdemokraten die schwersten Bedenken gegen die Annahme der Verfassung erwecken. Sie könnten daher ihre Zustimmung zur Verfassung nur in dem Vertrauen darauf erteilen, daß die lebendige Entwicklung stärker sein werde als die ihr entgegenstehenden papiernen Hindernisse.

Zum Schluß ergrieffen noch der Ministerpräsident Bauer, der Minister des Innern David und der Präsident Fehrenbach das Wort, um der Verfassung in ihrer Geburtsstunde einige Glückwünsche zu widmen und den Dank der Regierung für die Arbeit der Nationalversammlung auszusprechen.

Während der Rede des Ministerpräsidenten Bauer wurde die Fahne der neuen Republik auf dem Nationaltheater gehißt.

Nächste Sitzung Freitagvormittag 9 Uhr: Anfragen; Interpellationen. — Schluß 9 Uhr.

Der Länderparagraf.

Weimar, 1. Aug. Der mit dem Verfassungsentwurf angenommene Länderparagraf nach dem Kompromißantrag Loh, Teinborn, Heile hat folgende Fassung:

Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Beschaffenheit des Volkes dienen. Die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches erfolgt durch verfassungsgemäßes Reichsgesetz. Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes. Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der beteiligten Länder nicht stimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie ersucht.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes es verlangt. In einer Gebietsänderung sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die starke Mehrheit der Wahlberechtigten erforderlich; auch wenn es sich um Abtrennung eines Teiles eines preussischen Regierungsbezirks, eines bayerischen Kreises oder in anderen Ländern eines entsprechenden Verwaltungsbezirks handelt, ist der Wille der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirks festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebietes mit dem Gesamtgebiet nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes als ausreichend erklärt werden.

Rach Herrichtung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen.

Artikel 164a lautet:

Die Bestimmungen des Artikels 18, Absatz 2-5, treten erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft.

Eine Beratungspause.

mz. Weimar, 31. Juli. In den Beratungen der Nationalversammlung tritt am Freitagabend bis Donnerstag nächster Woche eine Pause ein. Die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiter zu tagen.

Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Das Weißbuch der Regierung.

mz. Berlin, 31. Juli.

Das ausgehende Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes schildert die Lage vom 14. August bis 11. November 1918. In der Vorwortung heißt es u. a.: Die Verwirklichung wurde erforderlich, um einer Vorgehensweise entgegenzutreten. Viele Kräfte sind an der Arbeit, die Wahrheit zu enthüllen. Zum Teil kann man ihnen guten Glauben nicht mehr zusprechen, aber zum Teil ist Unkenntnis die Ursache der Einstellung. Über die Verhandlungen in dieser Zeit muß daher vollständige Klarheit vertreten werden. Die wichtigsten Dokumente entstammen den Archiven des Auswärtigen Amtes und der Reichsleitung. Sie sind Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Friedensangebots vom 8. Oktober und des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November. Sie sind gleichzeitig Beiträge zum Verständnis der deutschen Revolution und der elementaren Leidlichkeit ihres Erfolges.

In großen Zügen ergibt die Sammlung folgendes Entwicklungs-bild: Der Ausgangspunkt der ganzen Friedensaktion ist die Kaiserjunta in Epo am 14. August. Während Ludendorff noch Mitte Juli 1917 bestimmt erklärte, daß die jetzige Offensive den Feind erzwänge und entscheidend besiegen werde, wird jetzt angenommen, daß es nicht mehr möglich ist, den Krieg militärisch zu gewinnen und daher an eine Verhandlung mit dem Feinde, und zwar durch neutrale Vermittlung, zu denken wäre. Es wird aber nicht etwa der Auftrag gegeben, eine Annäherung sofort vorzunehmen. Der Entschluß des Kaisers lautet vielmehr: Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt gewartet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten. Nach ihm sagte der Reichskanzler die Beratung dahin zusammen: Diplomatisch müssen die Fäden betreffend Verhandlung mit dem Feinde in einem geeigneten Moment angeknüpft werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen. Hindenburg führte anschließend aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben, und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen. Erst am 10. September tritt eine teilweise Änderung ein. Hindenburg spricht sich zwar nochmals gegen einen Appell an alle kriegführenden Länder aus, erklärte sich aber nunmehr mit der Vermittlung einer neutralen

Wacht zur Verhinderung einer Aussprache ohne Ausschuss einberufen. Die Versuche führten nicht zum Ziele. Inzwischen verläßt Bulgarien Zusammenbruch die Situation wesentlich. Som 21. September an taucht in den Aktenstücken der Gewandte auf, zur Erleichterung von Friedensverhandlungen direkt an Amerika heranzutreten. Die Vorbereitungen werden getroffen. Am 29. und 30. September ist Staatssekretär v. Hingel wieder im Großen Hauptquartier. Das Ergebnis der Beratungen zeigt sich in einem Telegramm Hingels an sein Berliner Amt vom 29. September, 9 Uhr 40 Min. nachmittags: Bitte auf Grund Befehle Sr. Majestät und Zustimmung des Reichskanzlers in Wien und Konstantinopel vertraulich mitzuteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson den Frieden anzubieten auf Grund seiner 14 Punkte und ihn einzuladen, die Friedenskonferenz nach Washington zu berufen nach der Aufforderung zum sofortigen Waffenstillstand. Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignetem Wege an Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde. Noch am selben Abend geben auf Berlin Telegramme nach Wien und Paris ab. Die Übermittlung mit Wien wird nach Rückfrage herbeigeführt und die Technik der geheimen Übermittlung durch die Schweiz verabredet.

In diesen Tagen tritt die Aktion in ein neues Stadium. Während ursprünglich die Oberste Heeresleitung von der Einleitung von Friedensschritten von der Konsolidierung der militärischen Lage absehen wollte und später Vorzicht empfahl, tritt sie jetzt auf das dringendste, das Friedensangebot, gerade wegen der akuten Gefährdung der militärischen Lage, sofort hinzuzusetzen zu lassen. Am 1. Oktober kommen eine ganze Reihe von Telegrammen und Telefongesprächen aus dem Großen Hauptquartier mit gleichem Inhalt nach Berlin: Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorwegzusehen, man solle das Friedensangebot sofort hinausgehen lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung warten, die sich verzögern könne. Heute halte die Truppe noch, strebe in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick der Durchbruch erfolgen, dann käme unser Angebot in dem allerzünftigsten Moment.

Und spät abends: General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weiter gehen müsse, 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwochabend oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei. Er bitte Se. Exzellenz, alle Hebel hierfür in Bewegung zu setzen.

In einem Vortrag, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vormittags vor den Parteiführern des Reichstages hielt, kommt auch in diesem größeren Kreise die drängende Lage scharf zum Ausdruck. Prinz Max von Baden sträubte sich gegen die bestmögliche gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen offenbar sehr ungünstig gestalten würde. Am 2. Oktober bittet General Ludendorff um den Entwurf der Note. Der Prinz hält seine Bedenken aufrecht. Noch am 3. Oktober stellte er schriftlich eine Reihe von Vorschlägen, darunter die Frage: Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Vorteil deutscher Kolonien und deutschen Gebietes, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann? Am gleichen Tage übersendet S i a d e n b u r g, der in Berlin anwesend ist, dem Reichskanzler nochmals schriftlich die Erklärung, daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der sofortigen Ablehnung des Friedensangebotes bestehen wolle. Nach eingehender Besprechung unter den Staatssekretären geht die Note unter diesem Druck der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober hinaus.

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärte der Reichskanzler am 6. Oktober nach dem vorliegenden Protokoll nochmals: Ich habe gegen die Note gekämpft, erstens weil in den Moment für verfehlt hielt, zweitens weil ich an die Feinde im allgemeinen mich wenden wollte. Jetzt müssen wir die Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß die Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch geeignete Offiziere. Armeeführer müssen gehört werden. Die Staatssekretäre äußerten sich in gleichem Sinne. Der Gedanke ist offenbar der, daß Ludendorff die militärische Lage auf Grund eines Zusammenbruchs der Kräfte von selbst beurteilt haben könnte. Es entgeht niemandem ein eigentümlicher Konflikt, der sich durch die ganzen weiteren schmerzlichen Verhandlungen vom 6. bis 26. Oktober hinzieht. General Ludendorff sieht in der Befragung anderer Generäle ein Mißtrauen und löst für diesen Fall mit seinem Abschied rechnen, von dem die Reichsleitung eine Bestätigung des Zusammenbruchs befürchtet. Der von Rathenau in der „Söfischen Zeitung“ veröffentlichte Plan einer levée en masse wird erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst, sich von ihm nichts versprechen.

Am 9. Oktober findet eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gibt. In dieser Verhandlung erklärt Oberst Geyer wiederum: Es wäre das größte Verbrechen der Obersten Heeresleitung, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Wenn wir bis zum Sommer halten, so ist Durchbruch gelang. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überforderungen. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armees retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Brautmittel haben. Der zuletzt angegebene Gedanke wird wiederholt von der Obersten Heeresleitung aufgenommen. Ludendorff vertritt den Standpunkt, daß Deutschland sich gezwungen sieht, alle Forderungen anzunehmen, daß insbesondere eine etwaige Forderung auf Preisgabe deutscher Festungen abge-

lehnt werden könne, aber die Antworten auf die Frage, wie lange noch Widerstand geleistet werden kann, lauten noch, launisch und unsicher.

Die deutsche Erwiderung auf Wilsons Antwort ergreift mich in vollem Einbernehmen mit der Obersten Heeresleitung. Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober wird wesentlich scharfer. Sie trennt zum erstenmal den Frieden vom Waffenstillstand. Österreich erhält eine besondere Antwort. Die Bezeichnung über diese Note in Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall. Der Stolz daumt sich auf und die Oberste Heeresleitung wendet zurück. Es erhebt sich nur die schwache Frage, ob man noch zurück kann. Denn die Offenbarung der schlechten Lage nach vierjähriger Behauptung des sicheren Sieges hat inzwischen im Ausland und im Inland ihre Wirkung getan. Das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsregierung dreht sich. Die Oberste Heeresleitung fragt an, ob die deutschen Kräfte noch einmal in den Kampf bis zum äußersten mitgehen würden oder ob die moralische Widerstandskraft dafür zu sehr erschöpft sei. Staatssekretär Dr. Wolff hebt in diesen Tagen nicht nur einen Appell an das deutsche Volk, sondern zugleich eine Verschlebung der Verantwortung. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Lage zusammengebrochen sei. Jetzt aber sagt man: Die militärische Lage wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschlebung dürfte man nicht zulassen; sie müsse schlicht zu den eigenen Worten Ludendorffs, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist. (Schluß folgt.)

Der Nuntius dementiert.

mz. Berlin, 31. Juli. Vom Nuntius Erzbischof Pacelli geht aus nachstehende folgende Erklärung zu: Man behauptet, daß der frühere Abg. Erzberger die Antwort des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis vom 21. September 1917, betr. Belgien, durch den Münchener Nuntius erfahren habe. Der Nuntius dementiert dies auf das entschiedenste. Er hat Erzberger weder von dem Inhalt seines Schreibens vom 8. August 1917 an Michaelis noch von der oben erwähnten Antwort in Kenntnis gesetzt.

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Die Auslieferungsliste.

Paris, 31. Juli. Die „Information“ meldet aus Paris: Die Alliierten sind mit der Fertigstellung der Liste der auszuliefernden Deutschen beschäftigt. Die Namen der Auszuliefernden werden in einer Note der deutschen Regierung mitgeteilt, welche verpflichtet wird, diese öffentlich bekanntzugeben und auszurufen. Es wird ein Monat Frist von dem Tage der Überreichung der Liste bis zu der erfolgenden Auslieferung gegeben werden. Die deutsche Regierung werde die Verantwortung für die einzelnen auszuliefernden Personen zu tragen haben.

Deutschlands Zahlungsverpflichtungen.

mz. Paris, 31. Juli. (Savas.) Die Friederik-Kommission der Kammer hörte die Berichte von Klog und Loucheur über die Wiederanmachungen und die finanziellen Bedingungen an. Deutschland schuldet, so führte Klog aus, mit den Kriegskosten zusammen über ein tausend Milliarden Franken. Da eine solche Schuld nur stufenweise mit einem Aufschlag von 5 Prozent abgetragen werden könne, ergebe sich daraus, daß in einem Zeitraum von 75 Jahren nahezu 210 Milliarden abgezahlt werden könnten, um die Schuld zu begleichen. Die Alliierten waren der Ansicht, daß die Fähigkeit Deutschlands nicht hinreichte, um eine solche Schuld abzutragen und sie daher gestundet werden müsse, wodurch aber die Frankreich zukommende Summe gefährdet würde. Die Alliierten haben daher, mit Ausnahme für die Kriegskosten, Deutschland nur die Pflicht auferlegt, die Summe für die Pensionen, Unterstellungen und Wiederanmachungen auf sich zu nehmen. Was die Höhe dieser Summe betrifft, so könnte diese jetzt noch nicht festgestellt werden, sondern erst zum 21. Mai 1920. Guermier erläuterte die Finanzfrage Frankreichs in Bezug auf die Verbindlichkeiten Frankreichs mit den Vereinigten Staaten und machte bekannt, daß Verhandlungen im Gange seien, um die wirtschaftliche Solidarität der beiden Länder enger zu gestalten.

Wilson drängt auf Ratifizierung.

mz. New York, 31. Juli. (Savas.) Wilson konferierte im Kapitol mit den demokratischen Senatoren und veranlaßte sie, die Diskussion des Friedensvertrages in Gang zu bringen, unter Hinweis darauf, daß die europäische Lage unabsehbar die Ratifikation des Vertrages und das Zustandekommen des Völkerbundes fordere. Er erklärte sich gegen jede Änderung des Vertrages, selbst wenn es sich um ausdrückliche Vorbehalte Lafts handle. Die Kommission der fremden Angelegenheiten hat die Lesung des Vertrages beendet.

Italien und der Friedensvertrag.

mz. Bern, 31. Juli. Innerhalb des Friedensausschusses der italienischen Kammer machen sich die verschiedensten Strömungen hinsichtlich der Behandlung des Friedensvertrages geltend, doch hat die Kommission ihren Vorsitzenden, Quasanti, beauftragt, vorerst bei Ritti festzustellen, ob eine schnelle Ratifikation den Landesinteressen entspreche.

Marshall Koch in London.

mz. London, 31. Juli. (Savas.) Marshall Koch ist Dienstagabend in London angekommen. Beim Verlassen des Kugars wurde er von dem General Wilson empfangen. Marshall Koch wird schon wieder Mittwochabend nach Frankreich zurückkehren.

Die deutschen Dampfer in Chile.

mz. Amsterdam, 31. Juli. Die englischen Blätter vom 29. Juli melden, daß 28 Offiziere, Maschinenisten und Stewards abgereist sind, um die vier in Chile internierten deutschen Dampfer „Adler“, „Memphis“, „Ritofris“ und „Westfalen“ nach England zu bringen.

Dänemark und Nordschleswig.

mz. Kopenhagen, 31. Juli. In der gestrigen Sitzung des Folketings beantwortete der Außenminister eine von den Oppositionsparteien eingebrachte Anfrage, welche Auffassung die Regierung über die zur Sicherung der Abstimmungsfrist in der zweiten nordschleswigischen Zone getroffenen Maßnahmen geben könne, und was sie unternehmen habe, um den Wünschen nach Räumung der dritten Zone zu entsprechen. Der Führer der Linkspartei, Meergaard, begründete die Anfrage und erklärte, der überwiegende Teil des dänischen Volkes wünsche die Vereinigung Flensburgs und seiner nächsten Umgebung mit Dänemark. Es gelte die Abstimmungsfrist in der zweiten Zone durch Räumung der dritten Zone zu sichern, da man deutscherseits Neigung zu aggressivem Vorgehen befürchte. Der Minister des Auswärtigen erwiderte, der Anfrage scheine der Gedanke zugrunde zu liegen, auch in der dritten Zone eine Abstimmung vorzunehmen, wenn erst die Räumung durchgeführt sei. Ein Schritt bei den alliierten Mächten bezüglich der Räumung der dritten Zone wäre unzeitgemäß. Er würde es für richtig finden, wenn der Reichstag beschließen würde, er habe volles Vertrauen, daß die Abstimmungsfrist durch die internationale Kommission voll gesichert werde. Die Regierung könne bezüglich der dritten Zone nichts unternehmen, weil diese im Friedensvertrag nicht erwähnt sei, und man keine Mißstimmung hervorrufen wolle. Schließlich wurde eine von Meergaard eingebrachte Tagesordnung mit 70 gegen 66 Stimmen abgelehnt und eine Tagesordnung im Sinne der Regierungserklärung angenommen.

Deutsch-Österreichischer Telegrammwechsel.

mz. Berlin, 31. Juli. Der österreichische Staatskanzler Krenner richtete folgendes Begrüßungsgramm an den Reichsminister des Äußern: Wien, 28. Juli 1919. Herrn Reichsminister! Durch den Willen der Nationalversammlung mit der Leitung urferrer gegenwärtigen Angelegenheiten betraut, begrüße ich Sie als Sachverwalter des Reiches, dem

wisse ganz genau, was sie besitze, und brauche nicht darauf aufmerksam gemacht zu werden, und wenn der Bank das Geld läßt, so kann sie es ja wo andershin geben. Andere Parlamentarier wählten ähnliche Fälle aufzuführen. Bottomley erklärte in der großen Rede, in der er seinen Entwurf zur Annahme empfahl, es würden auf diese Weise wenigstens 2 Milliarden Mark für den Staatshaushalt gewonnen werden. Er erinnerte daran, daß in den Tagen der französischen Revolution die geschlachten Adelfamilien große Summen von Geld, Juwelen und andere Werte in den alten Londoner Banken deponierten. Wenn eine Staatskommission die Verhaftung erhalten würde die Gelder der alten Bankfirmen zu revidieren, dann werde man in den Tresors Schätze aller Art finden, die niemandem gehörten. Vor einigen Jahren hat der englische Generalpostmeister mitgeteilt, daß selbst in dem geringen Bereich der von der Post eingerichteten Sparbanken 10 Millionen Mark Personen gehörten, die niemals erschienen, um auf ihr Geld irgend welchen Anspruch zu erheben. Verschiedentlich sollen Fälle vorgekommen sein, wo reiche Leute, die durch plötzliche Unglücksfälle ums Leben kamen, Geld an einer Stelle deponiert hatten, von der die Angehörigen nicht wußten. Der englische Finanzminister meinte zwar zum Schluß man solle die Jagd nach unbekannten Schätzen der jugendlichen Phantasie überlassen, gestand aber doch zu, daß beträchtliche Summen durch das Geseh gewonnen werden könnten, und wenn auch nicht 2 Milliarden, so doch wenigstens 40 bis 60 Millionen Mark, die in Wahrheit „niemandes Geld“ seien.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Unter dem Titel „Die Kritik“ erscheint vom 1. September an wöchentlich in zwei Ausgaben eine neue Theaterfachzeitschrift, deren Inhalt aus Abdrucken von Kritiken der wichtigsten Tageszeitungen aller deutschsprachigen Länder besteht. Aufgab A befaßt sich mit Schauspielkritik, Ausgabe B mit Opern, Operetten und Tanz. Die Probnummer ist schon erschienen und kann von Interessenten vom „Kritik-Verlag“, G. m. b. H., Wilmstr. 1, R. 10, kostenlos bezogen werden. — Oberregisseur Richard Weichert verläßt mit Ablauf dieser Spielzeit das Mannheimer Nationaltheater und geht in gleicher Stellung an die Reichshoftheater nach Frankfurt a. M. Gleichzeitig wird er als Intendanten-Kandidat für das Badische Landestheater in Karlsruhe genannt.

Erinnerungen an Agram.

Agram, die Hauptstadt Kroatiens, die jetzt wegen der Revolution gegen Serbien die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, ist eine Stadt, zu der die Erinnerung eines jeden, der sie einmal besucht hat, gern zurückkehren wird. Sie bot in Friedenszeiten ein buntes Bild. Auf dem Marktplatz, den moderne Geschäftsbauwerke mit eleganten Cafés, armelige Bienenhäuschen und des alte, graue Hospital der Barmherzigen Brüder umrahmen, drängten sich Käufer und Verkäufer. Blumen und Früchte, Gemüse und Fleisch, Kleidungsstücke und Haushaltungsgeräte gaben ein buntes, auf Grün und Rot und Blau und Weiß gestimmtes Bild, das lustig wirkte und voller Leben war. Denn die Menschen, die da kamen und gingen, handelten und kauften, trugen nicht das gleichgültige Gewand des Mitteleuropäers: Kroaten in weiter, faltiger, weißer Tracht mit breiten, bunten Stidereien mischten sich mit Magyaren in kleinem Out, hohen Stiefeln und kurzer, dunkler Jacke, mit Serben in Knöcheln und Hemd, Gürtel und hoher Mütze, mit Türken im Fez und mit Arabern im Turban, mit Städtern in modischer Tracht und mit dem Volke hoch aus den Bergen, das einen dicken Flaustrock trug und schmählich war von oben bis unten. Europa, Asien und Afrika trafen hier zusammen. Und über dem allen ritt ein eherner Reiter auf hohem Sockel.

Osterrisch interessant ist vor allem der Dom, den gleichsam ein Sinnbild der „Streitbaren Kirche“, Mauern und dicke, runde Türme umgeben. Die stammen noch aus der Zeit, als die Türken kämpfend bis hierher, ja, weiter noch bis Wien gelangten.

Nur etwas mehr als 200 Kilometer trennen Agram von Trieste — und doch: wech Unterschied! Denn zwischen beiden liegt der Karst, dies steil aufragende, schluchtenreiche, waldbedeckte Gebirge, zu dessen Überwindung der in weitausholenden Schleifen langsam sich emporschraubende Zug 6 Stunden braucht. Dort labendes Blau und Mittelmeerwärme; hier kalte Höhenluft. Und verschieden wie die beiden Städte sind die Menschen: dort heitere, sorglose Kinder des Südens; hier schweigmächtige, ernstere Naturen.

So bunt gemischt nun auch die Menge war, es überwogen doch natürlich die Kroaten, deren blendend weiße Röcke, Hüfen und Beinkleider schon von weitem leuchteten; denn so schmutzig auch manch einer aus dem Gewühl sein mochte — der Kroat, das merkt man, ist sauber. Gondolier Stidereien zieren

farbenprächtige Art, die bald als russische, bald als rumänische oder bulgarische Stidereien auf dem europäischen Markt auftauchen (je nachdem, welches Land im Vordergrund des Tagesinteresses steht), in Wahrheit aber außer in Russland auf dem ganzen Balkan zu finden sind. Diese Stidereien haben ihre eigene Geschichte. Von woher sie kommen, weiß niemand zu sagen. Aber wenn die Bauerfrau in den langen Wintermonaten ihr selbstgeponenes Weinen verzehrt, dann greift sie zu den Rüstern, die schon die Mutter und die Großmutter und wer weiß wie viele Generationen vor ihr bewundert hatten. In tiefen Mustern aber liegt die ganze Geschichte des Landes; der Halbmond der Türkenherrschaft, das Kreuz der Christenheit, die bourbonische Lilie als unbewußte Erinnerung an einstige französische Herrschaft; auch Sonne, Mond und Sterne, Palme und Lotusblume sind in die Motive dieser Stidereien verweben.

Und wenn irgend eine junge Frau in Wien oder Berlin, Rom oder Paris, London oder New York sich an den Hüfen und Schürzen, Gardinen, Affen oder Dedeln erfreut, deren bunte Farben ihrem Auge gefallen, dann weiß sie jenseit nicht, daß sie einst der Stolz einer kroatischen Bauerin waren.

Walter Wolff.

Aus Kunst und Leben.

C. K. Ricmandes Geld. Im englischen Unterhaus hat der bekannte Orator Bottomley ein Gesetz eingebracht, durch das alle in englischen Banken liegenden Guthaben und Wertgegenstände, deren Besitzer verstorben oder verschollen sind, dem Staat zufallen. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene romantische Bankgeschichten erzählt. Ich kenne den Fall einer alten Dame, die 600 000 £. auf ihrem Konto bei einer bekannten Londoner Bankfirma hatte. Jedes Jahr erschien sie einmal, ließ sich ihren Treuhandschlüssel geben, zahlte das Geld durch und verschwand wieder. Seit 15 oder 16 Jahren hat man nicht mehr von ihr gehört, und auch Besondere oder gesetzliche Erben der Frau sind nicht bekannt. Eine andere Geschichte berichtete der englische Finanzminister Chamberlain. Er erzählte von einem Guthaben von 400 000 £. bei einer Bank, das seit 30 Jahren ruhte, ohne daß sich die Bestimmer irgendwie gerät hätte. Als die Bank der Dame das Vorhandensein dieser Summe in Erinnerung brachte erhielt sie eine sehr ärgerliche Müdanantwort, in der die Besitzerin mitteilte, sie

Deutsch-Osterreich durch sein Volkstum und seine Geschichte am nächsten steht. Ich erinnere Sie an diesem Tage an unsere vielfaehrige persoenliche Freundschaft und freude die Hoffnung aus, dass diese der Aufrichtigkeit und Aufrichtigkeit der Beziehungen beider Staaten foerderlich sein werde. — Der Reichsminister des Aeuern antwortete von Weimar mit folgendem Telegramm: Herr Staatskanzler! Durch das Vertrauen der deutsch-oesterreichischen Nationalversammlung wurden Sie in dieser fuer die deutsche Nation so schmerzlichen Zeit mit der Leitung der auswaertigen Angelegenheiten Deutsch-Oesterreichs betraut. Die langjaehrige Freundschaft, die uns schon seit der Zeit vor dem Kriege persoenlich verbindet, wird, so hoffe ich aufrichtig, jetzt, wo das Schicksal gleich schmer auf den Voelkern beider Staaten lastet, nur dienlich sein, wenn es gilt, die innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrechtzuerhalten, die wir nach auen zu vertreten die Ehre haben. Hermann MueUer, Minister des Auswaertigen.

Steuerflucht und Postkontrolle.

Wz. Weimar, 31. Juli. Um den Beduerrnissen des Verkehrs soweit entgegenzukommen, wie es mit der Notwendigkeit, die Steuerflucht zu verhindern, vereinbar ist, hat der Reichsminister der Finanzen entsprechend der kuenftlich von ihm gegebenen Zulasse die Postuberweisungsstellen angewiesen, die gewoehnliche Briefpost kuenftig nur noch stichprobeweise zu pruufen. Gewoehnliche Briefe nach dem Auslande koennen deshalb von jetzt ab verschlossen aufgegeben werden. Eingeschriebene Briefe, Wertbriefe, Postanweisungen und Paketsendungen unterliegen nach wie vor der Pruefung. Es sind indes besondere Maenahmen getroffen, um auch fuer diese Sendungen jetzt unnoetige Verzoegerungen zu vermeiden. Die Telegrammuberweisungsstellen sind angewiesen, kuenftig Telegramme ohne Pruefung zu befoerdern.

Zuckerfreigabe ab Herbst 1920.

Wz. Berlin, 1. Aug. Der „Lol.-Anz.“ meldet: Auf der Tagung der Zuckerindustriellen sagte ein Vertreter des Reichsernaehrungsministeriums, dass die Aufhebung der Zwangsbeziehung des Zuckers zu Herbst 1920 in Aussicht genommen sei.

Die schlechte wirtschaftliche Lage in Ostpreußen.

Wz. Berlin, 31. Juli. Aus Allenstein wird gemeldet: Den Bemuehungen des ostpreussischen Zentralrates ist es gelungen, durch Vorstellungen bei den zustaeundigen Ministerien in Berlin unter Vorlegung der wirtschaftlich schlechten Lage Ostpreuens die Zustimmung zu erhalten, dass von der neuen Ernte im Regierungsbezirk Allenstein weder Fett noch Fleisch noch Getreide an das Reich geliefert werden sollen. Auuerdem wurde zugesichert, dass demnaechst fuer Koenigsberg und die kleineren Staedte der Provinz Ostpreuen groeere Lebensmittelmengen zur Verteilung gelangen sollen.

Ausland.

Aus dem Baltikum.

Wz. Mitau, 31. Juli. Die lettlaendische Regierung beschloech die Entsendung einer Sondergesandtschaft nach Berlin unter Fuehrung des Mitgliedes der deutsch-baltischen fortschrittlichen Partei, Ingenieur Schreiner. Die Gesandtschaft soll insbesondere die Heimfoerderung der noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen lettischer Herkunft beschleunigen und versuchen, die deutsche Presse in groeuerem Umfang ueber Lettland im Sinne der Regierung Altmantis zu unterrichten.

Schweiz.

Wz. Zurich, 30. Juli. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Die sozialdemokratische Partei der Stadt Zurich beschloech nach einer Diskussion, die drei Tage in Anspruch nahm, mit 657 gegen 5 Stimmen fuer den Beitritt zur dritten Internationalen einzutreten.

Wz. Bern, 31. Juli. (Dep.-Agent.) Das National-Lomitee gegen den Bolschewismus hat heute der Bundeskanzlei ein Vorklage von 114 000 Schweizer Buergern eingereicht, in dem verlangt wird, dass in die Bundesverfassung folgender Artikel neu aufgenommen wird: Der Bund hat die Pflicht, Schweizer Buergern, die die innere Sicherheit des Landes gefaehden, unuerzueglich in Schutzhaft zu nehmen.

Belgien.

Wz. Amsterdam, 31. Juli. Einer Habas-Deutermeldung aus Mons zufolge sind in den Kohlenbergwerken von Borinage die Mechaniker und Steiger infolge Lohnschwierigkeiten in den Ausstand getreten. Dadurch koennnen die Bergarbeiter nicht in die Gruben steigen.

Frankreich.

Wz. Bern, 30. Juli. Die franzoesische Kammer hat gestern das provisorische Budgetwoerfel fuer den Monat August in Hoeh von einer Milliarde Franken mit 102 gegen 64 Stimmen angenommen. Der Kammerauschuss fuer die Allgemeinwohlen in Frankreich hat gestern mit der Pruefung der Regierungsvorlage begonnen, wodurch die Deportements mit mehr als sechs Deputierten in zwei oder mehr Wahlkreise geteilt werden.

England.

Wz. Rotterdam, 30. Juli. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ teilte die englische Regierung im Unterhaus mit, dass sie im Herbst einen Gesandtschaftsbesuch gegen die Truuffs einbringen werde.

Wz. London, 30. Juli. (Neuter.) Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, dass das endgueltige Ergebnis der Verhandlungen auf die Siegedanleihe 674 584 000 Pfund betraegt. — Long teilte mit, dass von den in Scapa Flow versenkten ehemaligen deutschen Kriegsschiffen das Schlachtschiff „Baden“, die leichten Kreuzer „Emden“, „Frankfurt“, „Muenberg“ und 15 Zerstoeererborgern wurden. Die Arbeiten zur Vergang von drei weiteren Zerstoeerern seien im Fortschreiten. Weitere Maenahmen wegen den uebrigen Schiffen seien noch nicht getroffen.

Ungarn.

Wz. Budapest, 30. Juli. Gegenueber Wiener Zeitungsaeuherungen, dass in Ungarn ein politischer Umsturz nahe bevorstehe und die Koerregierung abzutreten wuensche, ist das ungarische Korrespondenz-Bureau zu der Feststellung ermuechtigt, dass diese Meldungen jeglicher Grundlage entbehren. Die Koerregierung behauptet ihre Stellung und die Arbeiterschaft stehe einhaellig hinter der Koerregierung.

Der Kampf um Petersburg.

Wz. Helsinki, 31. Juli. Das in german-laendische Freikorps, das seit Wochen bei Rirsala die finnisch-russische Grenze gegen die Bolschewisten verteidigt, unternahm einen Vorstoeh in der Richtung auf Petersburg. Die finnlaendische Regierung stellt kategorisch jeden Zusammenhang mit dem Unternehmen in Abrede.

Die Internationale.

Wz. Bern, 31. Juli. Das Programm der Internationalen Konferenz in Luzern umfaesst die allgemeine internationale Lage und die Wiederherstellung der Internationale selbst. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung sind noch nicht bekannt. Bis jetzt sind aus 25 Laendern 75 Delegierte angemeldet.

Wiesbadener Nachrichten.

Stadterordneten-Sitzung vom 31. Juli 1919.

Am Abend sind unter dem Vorsitz des stellvertretenden Stadterordnetenvorstehers Justizrats v. Ed 35 Stadterordnete. Die ersten Gegenstaende der Tagesordnung werden glatt ohne Meinungsaustrausch erledigt. Genehmigt werden nach einem Bericht des Stadtv. Kallwaeser zunaechst 7300 M. fuer Umbauarbeiten im Reformrealgymnasium an der Cranienstraeue sowie fuer Mobilienbeschaffung und Verbesserung der elektrischen Beleuchtung deselbst unter Ablehnung eines Antrags des Stadtv. Kallwaeser auf Streichung eines Betrags von 2000 M. fuer Erweiterung der hinteren Tuere; desgleichen auf Antrag desselben Stadterordneten 3200 M. fuer Beschaffung von Mobilien fuer die Handwerker- und Kunstgewerbeschule. — Stadtv. Schroeder bezieht sich sodann ueber den Wunsch eines

Tarifvertrag zwischen der Stadt und ihren Arbeitern.

Der Vertrag beschaefigt Normalbestimmungen, welche zwischen dem deutschen Staedtebund und einer zustaeundigen Arbeitervertretung vereinbart worden sind. Die Arbeitszeit ist demnach eine achtkuenndige, an Nachmittagen vor Sonn- und Feiertagen eine verkuerzte. Der Stadt entsteht daraus ein Mehraufwand von 80 000 M. Die Hoehstgehaltssaeue, die fruher erst nach 18 bis 19 Jahren erreicht wurden, werden jetzt schon nach 5 Jahren gezahlt. Der Mehraufwand der Stadt hierbei betraegt 100 000 M. Ferner werden ueberstunden besser verguettet als fruher, was die Stadt etwa 40 000 M. mehr kostet. Die ebenfalls vereinbarte Weiterzahlung der Lohne in Unfall- und Krankheitsfaellen kostet die Stadt 20 000 M. mehr, vorgezogene Urlaubslohne 60 000 M., was alles zusammen 320 000 M. ausmacht. Dazu tritt ein Mehraufwand fuer sog. Handwerker von 130 000 M. Zur Verlegung von Streitigkeiten ist ein Schlichtungsausschuss bestimmt. Die neuen Sauee sind am 1. Juli in Kraft getreten und gelten vorkuenftig bis zum 31. Maerz naechsten Jahres. An festen Lohne n werden demnach gezahlt, auuher den Teuerung- und Familienzulagen: fuer ungelernte Arbeiterinnen 5.70 bis 6.20 M., fuer angelernte Arbeiterinnen 6.20 bis 7 M., fuer ungelernete Arbeiter 7.10 bis 8.10 M., fuer angelernte Arbeiter 7.50 bis 9 M., fuer Handwerker 8 bis 9.50 M., fuer Spezialhandwerker 8.50 bis 10 M., fuer aufstiegsfuehrende gelernte Handwerker 9 bis 10.50 M. Erfolgt keine Kuendigung des Vertrags, so laeuft derselbe auf ein Jahr weiter. Die sozialpolitische Deputation und der Magistrat empfehlen die Annahme dieser Vorschlaege, welche nach einer Debatte, an der sich die Stadterordneten Gaese, v. Ulrich, Kraeue, Kinn, Marx, Dietrich und Seifert sowie Oberbuergemeister Glessing beteiligen, gegen eine Stimme geschieht.

Auf Antrag des Stadtv. Kinn werden sodann bewilligt 1080 M. fuer die Herstellung einer Saeranke in dem Buecher-ausgabeaal der staedtl. Bibliothek, 580 M. zur Beschaffung von Mobiliengegenstaenden fuer das Bureau des Demobilisierungsausschusses und 300 M. von Spielgeraeten fuer Schueler und Schuelerinnen der staedtl. Handelsschule. — Fuer die Herstellung von Neu- und Unterhaltungsbearbeitern in Theater, speziell die Ersetzung des Fuhsbodens, sind zunaechst 24 450 M. angefordert worden. Nach einem Bericht des Stadtv. Danzohn werden davon 3460 M. bewilligt, der uebrige Teil aber, wie schon fruher, gestrichen. — Ein staedtl. Pauplatz an der Hildestraue in der Groeue von 5 Ar 78 Quadratmeter, welcher der Stadt bei der Umlegung zugefallen ist, soll (Berichterstatter Stadtv. Reichwein) fuer 700 Mark pro Rute oder insgesamt 18 000 M. an Herrn Dr. Meischer verkauft werden. — Aber die schon wiederholt erdoertete

Errichtung von Kleinwohnhaeusern an der Mainzer Straeue berichtet fuer den Bauauschuss Stadtv. Hildner. Es handelt sich bekanntlich zunaechst um den Bau von 12 Einfamilien-, 2 Zweifamilienhaeusern und 1 Vierfamilienhaus, welche bis zum Fruhsommer fertiggestellt werden sollen. Dabei ist ein kleineres Domanegrundstueck zu erwerben, dessen Kosten sich einsch. des Aufwands fuer Wegeanlagen auf 1 642 168 M. belaufen; 376 000 M. davon sind Ueberuerungskosten. Hierbei ist der Wert des zu erwerbenden Grundstuecks mit 800 M. pro Ar bemessen. Die durchschnittliche Miete fuer eine Wohnung berechnete sich auf 714 bis 784 M., der Verkaufspreis auf 13 800 Mark pro Wohnung. 43 Ar sind von dem in Betracht kommenden Areal staedtl. Besitz. Fuer spaeter ist in dieser Gegend der Bau von weiteren 63 Haeusern mit 104 Wohnungen vorgesehen; sie sollen von der Mainzer Straeue ihren Zugang haben und den Uebergang zu dem Landhausviertel bilden. Die erforderlichen Baustoffe sind vorhanden, die Ausfuhrung wird eine einfache, aber solide sein. Die Vorlage verurfachte eine laengere Debatte, an der sich die Stadterordneten Hartmann, Dietrich, Hildner, Gaese und Oberbuergemeister Glessing beteiligten. Bezueglich des Hofguts Clarenthal erfaehrt man hierbei, dass bereits vor vier Monaten der Magistrat in Berlin einen Antrag auf laendliche Ueberlassung des ganzen Gelaeudes gestellt hat und ihm in erster Linie wohlwollende Veruechtigung in Aussicht gestellt worden ist. Dem Projekt wird schliesslich entsprechend der Auskuhentrage die Zustimmung erteilt.

Die Personalverhaeltnisse bei der Steuerverwaltung (Berichterstatter Stadtv. Prof. Dr. Fresenius) sollen eine Neuordnung nach der Richtung erfahren, dass bei der Steuerverwaltung 18 Beamte und bei der Steuerverwaltung II 1 Beamte aus der Reihe der Hilfsarbeiter als staendige Bureaubeamte Anstellung finden. Von den 18 Beamten sollen eigentlich 9 Militaerwaerter sein. Das ist jedoch zurzeit schwierig, solche zu finden, wird um die Ermuechtigung nachgeueht, dieselben durch Zivilwaerter zu ersetzen, was beschloenen wird. — Zu Wahlmaennern fuer die Waehlen zur Landwirtschaftskammer werden die Stadtv. Reuendorff und Emil Weder wiedergewaehlt. — Als weitere Bewerber fuer das Mieteinigungsamt werden als Vertreter der Hausbesitzer die Stadtv. Gessmer und Walther und aus den Mieterkreisen Buchdrucker Goldhaeuser und Schnaus gewaehlt.

Ernaehmerwert ist aus dem weiteren Verlauf der Sitzung noch die Anfrage des Stadtv. Schroeder, welche Schritte der Magistrat gegenueber

der geplanten Vermoegensabgabe

zu tun gedenke. Oberbuergemeister Glessing gibt zu dem Angelegenheit einige recht interessante Zahlen. Demnach erbringen hier von 80 000 Steuerzahlern 2200 drei Viertel bezugsamen Einkommensteuer; ein Einwohner ist in der gewoehnlichen Lage, ueber 60 Millionen Mark zu verfuegen. Wiesbaden, das 2 Milliarden steuerbares Vermoegen hat, wuerde bei der Annahme des sog. Reichsnotopferplans ein Steuerkapital von 37 Millionen Mark verlieren gehen, welchen Ausfall allein eine Erhoehung des Steuerfusses von 270 Prozent um weitere 100 Prozent zur Folge haben wuerde, ganz abgesehen von den groehen Anforderungen, welche der Stadt im kommenden Winter auch in anderer Hinsicht noch entstehen duerften. Nach weiteren Bemerkungen der Stadterordneten Philipp Riller, Kraeue, Schroeder und Gaese wird mit 18 gegen 9 Stimmen ein Antrag Schroeder angenommen, der folgendermaehen lautet:

„Die Stadterordneten-Versammlung haelt die Durchfuhrung der geplanten Vermoegensabgabe fuer sehr bedenklich und ersucht den Magistrat, im Verein mit der deutschen Staedtevertretung die geeigneten Schritte zu tun, um dieser Gefahr zu begegnen.“

Zum Schluss beschaeftigte sich die Versammlung mit einer Anfrage der Stadterordneten Hartmann, Ochs, Hildner und Walther, ob die in der Versammlung des Heimstaetten- und Mietervereins vom 16. Juli angegebenen Zahlen ueber die Wohndichtigkeit in Wiesbaden zutreffend seien. Die Stadtv. Hartmann erwaehnte, ist in dieser Versammlung behauptet worden, dass hier bei einer Zweizimmerwohnung eine Durchschnittsbelegung mit 8 bis 9 Personen, bei einer Dreizimmerwohnung mit 11 Personen in Frage komme, waehrend nach dem vorliegenden amtlichen Material die Durchschnittsbelegung bei einer Zweizimmerwohnung nur 2.98, bei einer Dreizimmerwohnung 3.38 betraegt. Hierzu ist aus dem Verlauf der Erdoerzung mitzutheilen, dass von den 16 940 Kleinwohnungen hier nur 345 eine staerkere als die angegebene Durchschnittsbelegung aufweisen. Die staedtl. Wohnungsinspektion will Sorge tragen, dass etwaige vorhandene Mihsaende abgestellt werden. — Damit war die Tagesordnung erledigt und die Sitzung, die letzte vor den Ferien, zu Ende.

— Fruhskartoffelausgabe. Da die Fruhskartoffeln nicht reichlich genug eintreffen, kann nur ein Teil der Bestaende zur Ausgabe geliefert werden. Die Kartoffelverkaufsstellen 1 bis 45 und 51 bis 65 erhalten heute hoellandische Kartoffeln zur sofortigen Ausgabe, und zwar 2 Pfund zum Preis von 30 Pf. das Pfund auf Feld 32 der Kartoffelarte.

— Die Freiheitspaarergaenge erfreuen sich seit dem Eintritt des besseren Wetters fortgesetzt einer recht starken Beteiligung. Tag fuer Tag treten etwa 2000 Kinder zu denselben an. Trotz der groehen Zahl der Kinder und trotz der durch die Altersunterschiede bedingten Verschiedenartigkeit der Interessen vollziehen sich die Ausfluege und Spiele, wie immer wieder hervorgehoben zu werden verdient, in musterhafter Ordnung.

— Kriegserprobungen in franzoesischen Gefangenenlagern. Wie uns die Berner Geschaeftsstelle des Verbands zum Nutzen geistiger Arbeit in der Kriegsgefangenschaft mitteilt, haben waehrend der letzten Monate in sieben Kriegsgefangenenlagern Frankreichs unter Leitung vom Kultusministerium in Berlin bevollmaechtigter Kriegsgefangener Oberleutnant erfolgreiche Kriegserprobungen erste Lehrerprobungen und Militaerwaerterprobungen stattgefunden. In dem Justizdepartement der Probungen haben auch das koenigliche Hochschulruefamt und das daenische Rote Kreuz hervorragenden Anteil. In weiteren sieben Kriegsgefangenenlagern sind zurzeit wieder solche Probungen im Gange. (Wz.)

— Das bluetige Ende eines Treibriemendiebstahls. Aus Mainz wird berichtet: Am Mittwochabend wurde in der vorderen Schaefgasse 2 in der Wirtsch. „Zum goldenen Schaf“ der Wirt Franz Hill von dem Schreiner Karl Lang aus der Altenauergasse 8 durch einen Pistolenschuss in die Herzgegend getroffen. Der Wirt starb auf dem Transport zum Krankenhaus; der Laeter ergriff die Flucht. Die Kriminalpolizei nahm alsbald die Verfolgung auf und es gelang, noch in der Nacht den Laeter in Ostroosburg festzunehmen. Aber die Vorgeschichte der Tat ist zu beruehen: In Wiesbaden fand am Mittwoch vor der Strafkammer (vergl. Gerichtsblatt in unierer heutigen Morgenausgabe) eine Gerichtsverhandlung wegen Treibriemen diebstahls statt. Das Uebel ist in der Wirtsch. „Zum goldenen Schaf“ in die Haende von Geblern uebergegangen. Der Wirt war unter dem Verdacht der Heblerei ebenfalls verhaftet, wurde aber spaeter freigelassen, da ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte. Nach der Verhandlung, wo die uebrigen Angeklagten beurteilt wurden, fand man sich zu einem Gelage zusammen, das in Wiesbaden begann und in Mainz im „Goldenen Schaf“ fortgesetzt wurde. Aber den Erdoerzungen, wo wohl den Reder diebstahl dervoten haben koennte, kam es dann zu Meinungsverschiedenheiten. Dabei nahm Lang fuer den angeblichen Vertreter Partei. Der Streit setzte sich auf der Straeue fort. Lang eilte nach Hause und kuenfte mit einer Pistole bewaffnet zuruek. In der Wirtsch. begann der Streit von neuem, wobei Lang von dem Wirt Hill bedroht wurde. Darauf machte Lang von der Schusswaffe Gebrauch.

— Vorschlagslisten zur Veretzung. Vorschlagslisten fuer die Ueberfuhrung von Beamten in andere Dienststellen sind im Bereich des preussischen Finanzministeriums wieder eingereicht. Aufgenommen sind auch alle Beamten, die waehrend des Kriegs zu Oberzollinspektoren in den bisherigen Standorten unter Verbehalt der spaeteren Veretzung neu ernannt worden sind, ohne dass die Veretzung bisher erfolgt ist. Sind Beamte zur Veretzung in gleicher Dienstfreigenschaft vorgeschlagen worden, ohne dass ihre Wuensche ueber haben beruecksichtigt werden koennen, so werden sie besonders namhaft gemacht, wenn sie nicht wegen der Umzugs- und Wohnungsschwierigkeiten auf die Veretzung vorlaeufig verzichteten. Hat der Beamte an dem neuen Ort schon eine Wohnung, so wird dies besonders angegeben. Aufgenommen werden koennen auch Beamte, die sich fuer die Verwendung im Bureaudienst bei einer Zentralbehoerde ganz besonders eignen.

— Ueber einen Unfall. Seinen Verletzungen erliegen ist im staedtl. Krankenhaus der am vorgangenen Dienstag in der Hofstraue von der Straeuebahn in so ungluecklicher Weise abgestuertzte Kaufmann aus der Luisenstraue.

— Selbstmord. Eine seit laengerer Zeit hier wohnende 42 Jahre alte Privatierin hat unter dem Einfluss einer geistigen Depression Suizid genommen und ist daran gestorben.

— Der Neubau von Wohnungen wird bekanntlich in erster Linie durch die Baekleinnot behindert, die dadurch entsteht, dass die Siegeleien immer noch stillliegen, weil sie keine Koellen bekommen koennen. Es ist deshalb bemerkenswert, dass der Verein zur Foerderung der rheinischen Siegelindustrie in Koen bei der Herstellung von Siegeln und Wachsigeln v. r. a. n. s. o. l. e. n. d. r. e. t. t. s. an Stelle der glatten Steinloehle erfolgreich verwandt hat. Ueber seine Verueuche teilt der genannte Verein folgendes mit: Als Bricketform kommen in erster Linie die runden sogenannten Industriebrickete in Frage. Ein

Handelsteil.

Berliner Börse.

Kurse vom 31. Juli 1919.

Table with columns for Div., Bank-Aktion, Industrie-Aktion, and various stock prices.

Berliner Devisenkurs.

Table showing exchange rates for various countries like Holland, Denmark, Sweden, etc.

Ausländische Wechselkurse.

Table showing exchange rates for Amsterdam, London, Paris, etc.

Banken und Geldmarkt.

Dresdner Bank in Berlin. Die Dresdner Bank übernimmt das Bankhaus S. Rosenbusch (Augsburg)...

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden.

Table with weather data for July 31, 1919, including temperature, wind, and humidity.

Reklamen.



Ortizon Mundwasser-Kugeln

ein Ideal-Präparat, das frei von schädlichen Eigenschaften, seine desinfizierende Wirkung ausübt...

Die Abend-Ausgabe umfasst 6 Seiten. Hauptgeschäftsführer: H. Degerhork.

Verkauf von Kartoffeln.

Zur sofortigen Ausgabe an die zum Kartoffelbezug zugelassenen Kunden erhalten die Kartoffelverkaufsstellen Nr. 1-43 und 51-110a je 2 Pfd. holländ. Kartoffeln...

- List of potato vendors with addresses: Nr. 61a Braun, G., Dohheimer Straße 31. 65a Korn, E., Blücherplatz 4. 120a Kemmer, E., Luxemburgstraße 5. etc.

Beschlagnahme von Frühkartoffeln.

Die zum Zweck des Wiederverkaufs im Stadtbezirk Wiesbaden gezogenen Frühkartoffeln werden hiermit zu Gunsten des Kommunalverbandes der Stadt Wiesbaden beschlagnahmt.

Die Erzeuger haben die der Beschlagnahme unterliegenden Kartoffeln unter Angabe der Menge und der Anbaufläche dem Kartoffelamt, Friedrichstraße 9, 2., schriftlich oder mündlich sofort zu melden.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. August d. Js. werden die Sänglingsmisch-Ausgabestellen bei Kaufmann E. Groß, hier, Blücherstraße 27, etc.

Rassauische Kriegsversicherung

Die Abrechnung für die im August 1914 errichtete Rassauische Kriegsversicherung soll bedingungsgemäß 3 Monate nach Beendigung des Krieges (d. h. 3 Monate nach Friedensschluss) erfolgen.

Einquartierung betr.

Diejenigen, welche im Monat Juli er. Einquartierung durch die französische Besatzung gehabt haben, werden hiermit aufgefordert, spätestens innerhalb 3 Tagen ihre Anwartsarten auf Zimmer 13, Marktstraße 1/3 und zwar nur vormittags von 8-12 Uhr abzugeben.

Geschäftsübernahme.

Meiner werten Kundschaft sowie Nachbarschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich das von Herrn Paul Schleimer unter der Firma

Wiesbadener Konsumhaus

seit her betriebene Kolonialwarengeschäft käuflich erworben habe und unter der alten Firma Wiesbadener Konsumhaus weiter führen werde.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, allen Anforderungen meiner werten Kundschaft gerecht zu werden und empfehle mich

Wiesbadener Konsumhaus G. Jung Sedanplatz 3, Telephon 4521.

Bekanntmachung.

Am 22. August 1919, vormittags 10 Uhr, kommt an der Gerichtsstelle, Gerichtsstraße 2, Zimmer 61, das zum Nachlaß der Witwe Fassel gehörige Gebäudgrundstück Rheinstraße 69, bestehend aus einem Wohnhaus mit Holzstall und Hofraum, groß 5 ar 07 qm, vor dem Amtsgericht zur öffentlichen Versteigerung.

Wiesbaden, den 15. Juli 1919. Der Nachlaßverwalter: Jos. Raschau, Rechtsanwalt, Moritzstraße 10, 1.

Rein Laden! Masthühner vor Etüd 9-15 Pfd. frisch gek. junge Hähne sowie Ragout.

D. Mehnert 7 Göttenstraße 7 Sinterhs. 1. (siehe im Auftrag Labalprobe)

Wiesbaden, den 10. Juli 1919. Direktion der Nassauischen Landesbank. (Abteilung: Kriegsversicherung.)

Frisch einetroffen: Neues Sauerkraut Neue Salzgurken Calif. Pflaumen Würstchen in Dosen Corned Beef Dillfetter Edamer Schweizer Käse Engl. Biskuits Alle Gewürze zum Einmachen.

D. Fuchs, Saalgasse 4 Teleph. 475. Papierwäsche Carl J. Lasa, Bleichstr. 25

Spangen (Zelluloid) repariert Damen. Friseur Dette Michelsberg 6. Zigarren au 50, 60, 65 und 80 Stk und höher empfiehlt G. M. Kösch 46 Weberstraße 46

